

66360-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld, Wiesbaden

OJ S 20/2026 29/01/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH als Entwicklungsträger und Treuhänder gemäß § 167 BauGB für die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW)

E-Mail: vergabe@wibau-wiesbaden.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld, Wiesbaden

Beschreibung: Erarbeitung einer Rahmenplanung im Zuge der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld in Wiesbaden

Kennung des Verfahrens: 4f8a7d76-904c-4f6c-a9e3-7a1e516d5df7

Interne Kennung: 2026-VgV-SEG-Ostfeld-RP

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71410000 Stadtplanung, 71420000 Landschaftsgestaltung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Wiesbaden

Postleitzahl: 65187

Land, Gliederung (NUTS): Wiesbaden, Kreisfreie Stadt (DE714)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) als Entwicklungsträger und Treuhänder gemäß § 167 Baugesetzbuch (BauGB) hat die städtische WiBau Gesellschaft mbH (WiBau) mit der Durchführung des hier ausgeschriebenen Vergabeverfahrens beauftragt. Sämtliche Kommunikation im Vergabeverfahren ist daher mit der WiBau zu führen. Das gesamte Verfahren inkl. Kommunikation wird elektronisch in

Textform, möglichst über das Bietercockpit der Vergabeplattform e-HAD (elektronische Hessische Ausschreibungsdatenbank) oder per E-Mail an vergabe@wibau-wiesbaden.de unter Angabe der Dokumentenbezeichnung und Gliederungsnummer der Vergabeunterlagen abgewickelt. Teilnahmeanträge sowie die späteren Angebote sind ausschließlich elektronisch über das Bietercockpit der Vergabeplattform e-HAD einzureichen. Dies erfordert eine kostenfreie Registrierung. Wenn Sie sich registriert haben, werden Sie aktiv informiert, sobald eine neue Version der Unterlagen von der Vergabestelle veröffentlicht wird oder sobald die Vergabestelle neue Nachrichten zum Verfahren verschickt. Teilnahmeanträge sowie die späteren Angebote, die schriftlich in Papierform oder auf anderem elektronischen Wege sowie welche, die nach der Angebotsfrist eingehen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Angaben zur Beschränkung der Anzahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: Nach abgeschlossenem Teilnahmewettbewerb werden, sofern geeignet, mindestens 3 höchstens jedoch 5 Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Die Auswahl der Bewerber erfolgt bei Vollständigkeit der vorzulegenden Nachweise durch Bewertung der vorgelegten Unterlagen, insbesondere der Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzprojekte mit der zu erbringenden Leistung sowie der in der Bewertungsmatrix genannten Kriterien. Die genaue Bewertungsmatrix ist Teil der Vergabeunterlagen (siehe Teilnahmeantrag). In Summe können maximal 480 Punkte erreicht werden. Erfüllen im Teilnahmewettbewerb mehr als 5 Bewerber gleichermaßen die Anforderungen entscheidet bei Punktgleichheit das Los (vgl. § 75 Abs. 6 VgV). Informationen zum weiteren Verfahren: Nach abgeschlossenem Teilnahmewettbewerb werden die im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Die Anbieter haben ihren Aufwand zur Angebotserstellung grundsätzlich so zu bemessen, dass keine Entschädigungspflicht des Auftraggebers begründet wird. Insbesondere erwartet der Auftraggeber über die geforderten Angebotsunterlagen hinaus keine sonstigen Unterlagen. Nach Angebotsabgabe wird die Vergabestelle die eingegangenen Angebote prüfen. Die Vergabestelle behält sich gem. § 17 Abs. 11 VgV die Möglichkeit vor, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote ohne weitere Verhandlung zu erteilen. Sollte es zu Aufklärungs-/Verhandlungsgesprächen kommen, so sollen diese voraussichtlich im April 2026 stattfinden. Gem. § 17 Abs. 12 VgV ist die Vergabestelle berechtigt bei den Verhandlungen in Stufen zu verfahren und so ggf. die Anzahl der Teilnehmer zu reduzieren. Verwendung der Vergabeunterlagen: Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die die Bewerber im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind nur für dieses Vergabeverfahren zu verwenden. Die Nutzung der Vergabeunterlagen für andere Zwecke ist nicht gestattet. Vorbefasste Unternehmen: In dem hier ausgeschriebenen Projekt gibt es vorbereitete Unternehmen, die sich möglicherweise an diesem Vergabeverfahren beteiligen werden. Der Auftraggeber ergreift gem. § 7 VgV angemessene Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Wettbewerb durch eine möglicherweise stattfindende Teilnahme dieser Unternehmen nicht verzerrt wird. Zu diesen Maßnahmen gehören: Unterrichtung der anderen am Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen in Bezug auf die einschlägigen Informationen, hier in Form der Bereitstellung umfangreicher Anlagen zur Aufgaben- und Leistungsbeschreibung (siehe "Anlage Anlagedownload") sowie die Festlegung einer verlängerten Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge (vgl. hierzu Ziff. 2.1.4 der Bekanntmachung).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:
Korruption:
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:
Betrug:
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:
Zahlungsunfähigkeit:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld, Wiesbaden
Beschreibung: Ausgangssituation: Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) hat die Durchführung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme "Ostfeld" (SEM Ostfeld) als Satzung beschlossen. Ziel der Planung ist es, einen ausgewogenen Mix aus bezahlbarem Wohnen, Arbeiten, Freiflächen und Biotopflächen herzustellen. Entstehen soll ein innovativer und zukunftstauglicher Stadtteil mit überwiegender Wohnnutzung und zugleich auch ausreichend Raum für Gewerbe. Er soll so konzipiert werden, dass er eigenständig funktioniert und eine klare, unverwechselbare Identität erhält. Dabei soll die Entwicklung des Stadtquartiers als Leuchtturmprojekt für die LHW verstanden werden, die auch in die Region Rhein-Main ausstrahlt und Lösungen für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Stadtentwicklung aufzeigt. Ziel ist es hierbei, bezahlbaren Wohnraum für mindestens 10.000 Menschen zu schaffen. Im Süden des Plangebiets soll hierzu ein neues Stadtquartier auf einer Fläche von etwa 70 Hektar (brutto), im Norden ein zentraler Behördenstandort des Bundeskriminalamtes (BKA) mit perspektivisch bis zu 7.000 Mitarbeitenden auf einer Fläche von etwa 30 Hektar (brutto) geplant werden. Der Großteil des Plangebiets soll neben den für die Siedlungsentwicklung erforderlichen Infrastrukturen als Landschaftsraum erhalten und gestärkt werden. Der Landschaftsraum umfasst mit rund 75% der Fläche den größten Teil des Plangebiets. Seine Funktion als natur- und klimasensibler Freiraum ist zu erhalten und zu schützen. Aufgabenstellung - Erstellung Rahmenplan: Die Rahmenplanung für die SEM Ostfeld verfolgt das Ziel, eine abgestimmte Grundlage für die

langfristige städtebauliche Entwicklung eines der bedeutendsten neuen Stadtquartiere für die LHW zu schaffen. Sie dient als übergeordneter Orientierungsrahmen, der auf den von der STVV beschlossenen Entwicklungszielen basiert und Leitlinien sowie Zielvorstellungen für die städtebauliche Gestaltung, Freiraumgestaltung, Nachhaltigkeit, Erschließung und Nutzung des Entwicklungsgebiets für die weiteren Planungsschritte definiert. Grundlage der Rahmenplanung bildet der Siegerentwurf des Ende des Jahres 2024 abgeschlossenen europaweiten städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerbs des Büros Studio Wessendorf, Berlin mit DLA Die Landschaftsarchitekten Bittkau- Bartfelder PartGmbH, Wiesbaden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt für die LHW und die SEG in der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums. Auf der Ebene des Rahmenplanes soll daher ein Handbuch, die "Prinzipien des öffentlichen Raums", erarbeitet werden, welches Leitlinien für die Nutzungsvielfalt und Aufenthaltsqualität festlegt. Im Sinne eines überwiegend autofreien Stadtquartiers soll der öffentliche Raum neu gedacht werden und zukünftig vielfältige Funktionen erfüllen. Ziel ist es, den öffentlichen Raum so zu entwickeln, dass er dauerhaft attraktiv, nutzbar und sicher bleibt und zugleich die Anpassungsfähigkeit des Stadtraums an den Klimawandel gestärkt wird. Nähere Informationen zu den Hintergründen, der Leistungsbeschreibung sowie der Aufgabenstellung entnehmen Sie bitte dem beigelegten Dokument "Rahmenplanung Leistungsbeschreibung". Ablauf der Rahmenplanung - Phase 1: Vorbereitungsphase - Phase 2: Vorentwurf Rahmenplanung - Phase 3: Entwurf Rahmenplanung - Phase 4: Finale Rahmenplanung Mit dem Zuschlag in diesem Vergabeverfahren werden zunächst folgende Leistungen abgerufen: Phase 1 und Phase 2 Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf den Abruf von einzelnen und / oder sämtlichen Phasen und kann aus einem Nichtabruf auch keine weitergehenden Ansprüche (z. B. auf Schadensersatz oder Honorarerhöhung) herleiten. Verfahrenstermine: Aufforderung zur Angebotsabgabe: ca. März 2026 Angebotsabgabe: ca. März/April 2026 Verhandlungsgespräche: ca. April 2026 Abschluss des Verfahrens: ca. Mai 2026 Projekttermine: Beginn der Leistungserbringung: ca. Mai/Juni 2026 Abschluss Phase 1 & 2 bis ca. Ende 2026 Abschluss Phase 3 bis ca. Sommer/ Mitte 2027 Abschluss Phase 4 bis ca. Ende 2027 Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71410000 Stadtplanung, 71420000

Landschaftsgestaltung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der AG ruft die Leistungen (Leistungsbaustein 1 bis 8)

phasenweise ab, vorbehaltlich der Entscheidungen des AG und der LHW im weiteren

Projektverlauf: - Phase 1: Vorbereitungsphase - Phase 2: Vorentwurf Rahmenplanung - Phase

3: Entwurf Rahmenplanung - Phase 4: Finale Rahmenplanung Mit dem Zuschlag in diesem

Vergabeverfahren werden zunächst folgende Leistungen abgerufen: Phase 1 und Phase 2

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf den Abruf von einzelnen und / oder sämtlichen

Phasen und kann aus einem Nichtabruf auch keine weitergehenden Ansprüche (z. B. auf

Schadensersatz oder Honorarerhöhung) herleiten.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/06/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Zwei Referenzen Städtebau: Zwei vergleichbare Referenzprojekte aus dem Bereich Ausarbeitung bzw. Erstellung von "städtebaulichen Rahmenplänen/Masterplänen" für ein Stadtquartier - aus den letzten 10 Jahren (2015-2025) - in vergleichbarer Größenordnung (mind. 10 ha gesamtes Planungs- bzw. Projektgebiet) unter Angabe von: - Erfahrungen in der Berücksichtigung und Integration von Fachkonzepten aus den Bereichen: o Ressourcenschonende und nachhaltige Energieversorgung, o Klimaschutz und -anpassungen, o Zukunftsfähige, integrierte, quartiersverträgliche, klimaneutrale und autoarme Mobilität, o Ressourcenschonende und nachhaltige Wasserver- und Entsorgung. - Erfahrungen in der Erarbeitung städtebaulicher Testentwürfe - Erfahrungen in der Konzipierung und städtebaulichen Integration von: o Soziale Infrastrukturen in einen vielfältigen städtebaulichen Kontext mit mindestens einer Schule und einer Kita, o Nutzungsmischungen (z.B. Einzelhandel, gewerbliche Nutzungen), o Unterschiedliche Gebäudetypologien in einer hohen städtebaulichen Dichte, o Gestaltung und Multicodierung des öffentlichen Raums (z.B. Bewegung, Aufenthalt, Begrünung). Mindestkriterium: Es ist eine Mindestgröße je Projekt von > 10 ha der Planungsfläche nachzuweisen. 2. Zwei Referenzen Landschaftsarchitektur: Zwei vergleichbare Referenzprojekte aus dem Bereich Ausarbeitung bzw. Erstellung von "freiraumplanerischen Konzepten" für Stadtquartiere / im städtebaulichen Kontext - aus den letzten 10 Jahren (2015-2025) - in vergleichbarer Größenordnung (mind. 10 ha gesamtes Planungs- bzw. Projektgebiet inkl. des freiraumplanerischen Anteils) unter Angabe von: - Erfahrungen in der Berücksichtigung und/oder der freiraumplanerischen Integration von: o Artenschutz und Biotopvernetzungen, o Freiflächen sozialer Infrastrukturen (z.B. Spiel- und Sportflächen), o Klimaschutz und -anpassungen, o Nutzungsangeboten für unterschiedliche Nutzer- und Altersgruppen, o Ressourcenschonenden/nachhaltigen Wasserkonzepten. - Erfahrungen mit der Entwicklung und Umsetzung von Grün- und Freiraumkonzepten im Hinblick auf deren Einbindung und Vernetzung mit dem freien Landschaftsraum - Erfahrungen in der multicodierten Gestaltung und Konzipierung von Innenhöfen und/oder Dachflächen unter Beachtung z.B. von Aufenthaltsmöglichkeiten, eines sensiblen Umgangs mit der Ressource Wasser sowie Klimaanpassungsmaßnahmen Mindestkriterium: Es ist eine Mindestgröße je Projekt von > 10 ha der Planungsfläche nachzuweisen. 3. Angabe, ob bereits Projekte mit projektbeteiligten städtischen Ämtern, Gesellschaften und externen Sachverständigen in Kommunen mit über 100.000 Einwohnern durchgeführt wurden

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bescheinigungen über die berufliche Befähigung - der Führungskräfte des Bewerbers (z.B. durch ein Abschlusszeugnis des höchsten Bildungsabschlusses), - insbesondere der für das Projekt verantwortlichen Bearbeiter (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV) einschließlich dem Nachweis der Qualifikation und einschlägigen Erfahrungen der verantwortlichen Mitarbeiter in Bezug auf vergleichbare Projekte (z.B. durch einen Lebenslauf mit Projektliste).

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: jährliches Mittel der vom Bewerber in den letzten drei Jahren (2022 - 2024) Beschäftigten (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) Angabe von: - Anzahl der beschäftigten Stadtplaner/Architekten/Ingenieure mit einschlägiger Berufserfahrung im Bereich Stadtplanung von ≥ 5 Jahren (im Unternehmen bzw. Bietergemeinschaft) - Anzahl Projektleiter im Bereich Stadtplanung mit einschlägiger Berufserfahrung ≥ 10 Jahre - Anzahl der beschäftigten Landschaftsplaner/-architekten/Ingenieure mit einschlägiger Berufserfahrung im Bereich Landschaftsplanung von ≥ 5 Jahren (im Unternehmen bzw. Bietergemeinschaft) - Anzahl der Projektleiter im Bereich Landschaftsplanung mit einschlägiger Berufserfahrung ≥ 10 Jahre

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anzahl der Führungskräfte

Beschreibung des Eignungskriteriums: - jährliches Mittel der beschäftigten Führungskräfte (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) - jährliches Mittel der beschäftigten Stadtplaner/Architekten/Ingenieure inkl. Führungskräfte - jährliches Mittel der beschäftigten Landschaftsplaner/Landschaftsarchitekten inkl. Führungskräfte

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung, welchen Teil des Auftrags der Bewerber unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssummen für Personenschäden pro Verstoß 3.000.000 €, für Sach- und Vermögensschäden (sonstige Schäden) 5.000.000 €, jeweils 2-fach maximiert (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV) oder Erklärung, dass im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mind. 3.000.000 € für Personenschäden sowie 5.000.000 € für Sach- und Vermögensschäden (sonstige Schäden), jeweils 2-fach maximiert abgeschlossen wird.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Umsätze innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Gesamtumsatz innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre für Leistungen, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV).

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Aktueller Nachweis der Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister; nicht älter als 01.01.2025

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Bei juristischen Personen ist ein Auszug, nicht älter als 01.01.2025, aus dem Handelsregister (s.o) vorzulegen. (Kopie ausreichend) 2. Bei natürlichen Personen: Kopie der Gewerbeanmeldung. Die Angaben nach Ziffer 1 bis 2 sind auch von einem Nachunternehmer zu erbringen, wenn dieser zur Eignungsleige genutzt wird. Für Bietergemeinschaften gilt, dass jedes Mitglied die Nachweise nach Ziffer 1 bis 2 vorzulegen hat. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen sowie eine Bescheinigung des zuständigen Versicherungsträgers, jeweils in deutscher Sprache.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzeptionelle Herangehensweise

Beschreibung: siehe "Erläuterung zu den Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bürostruktur / Teamstruktur

Beschreibung: siehe "Erläuterung zu den Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar - siehe "Erläuterung zu den Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19b9760f913-7e3a97e16b225910

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 23/03 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.had.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 23/02/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Anagen und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Der Bewerber hat zum Nachweis seiner Eignung mit der Bewerbung die nachfolgend geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen vorzulegen.

Die Vorlage von Kopien ist zulässig. Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass unvollständige Teilnahmeanträge vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden können.

Es wird empfohlen, den Teilnahmeantrag zu verwenden. Der Teilnahmeantrag inkl.

Bewertungsmatrix steht unter dem genannten Link zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Die Bildung von Bewerber-/Bietergemeinschaften nach Einreichung des Teilnahmeantrags ist unzulässig. Geforderte Eignungsnachweise gem. §§ 122 ff. GWB, §§42 ff. VgV, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, sind im Rahmen ihres

Erklärungsumfangs zulässig. Neben oben aufgeführten Eignungsnachweisen/-angaben des Bewerbers sind die Folgenden vorzulegen: - Eigenerklärung des Bewerbers, dass keine

Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB vorliegen sowie die Verpflichtung zur

Tariftreue und Mindestentgelt gem. HVTG - Aussagekräftige Unternehmensdarstellung

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der

Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB)

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH als Entwicklungsträger und Treuhänder gemäß § 167 BauGB für die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW)

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH als Entwicklungsträger und Treuhänder gemäß § 167 BauGB für die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW)

Registrierungsnummer: DE210576339

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Ring 11

Stadt: Wiesbaden

Postleitzahl: 65187

Land, Gliederung (NUTS): Wiesbaden, Kreisfreie Stadt (DE714)

Land: Deutschland

Kontaktperson: WiBau GmbH

E-Mail: vergabe@wibau-wiesbaden.de

Telefon: +49 6112623930

Fax: +49 61126239319

Internetadresse: <https://www.wibau-wiesbaden.de>

Profil des Erwerbers: www.wibau-wiesbaden.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: DE 812 056 745

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1 - 3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64295

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

28877d46-39ef-4c1f-a034-030b26b9e69e-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Änderung der Eignungskriterien - nachzuweisende Summe der Berufshaftpflichtversicherung Sach- und Vermögensschäden (sonstige Schäden) nun Mindestdeckungssumme von 5.000.000 EUR 2-fach maximiert

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 67ce6482-f56a-4ed4-aaf5-f709d73af49c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/01/2026 11:17:22 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 66360-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 20/2026

Datum der Veröffentlichung: 29/01/2026